2100-0039

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
LAbg. Mag. Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 20. März 2025

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Ing. Norbert Hofer, Mag. Thomas Grandits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer Entschließung betreffend „Maßnahmen zur Sicherung und Förderung des Wohnbaus im Burgenland“

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom …….. betreffend „Maßnahmen zur Sicherung und Förderung des Wohnbaus im Burgenland“

Die Bautätigkeit im Burgenland befindet sich in einem alarmierenden Rückgang. Laut einer aktuellen Studie sinkt die Zahl der fertiggestellten Wohneinheiten von 850 im Jahr 2024 auf nur noch rund 400 bis 2026. Besonders bedenklich ist der hohe Anteil gemeinnütziger Bauträger (84 Prozent), der die Wohnbauentwicklung fast ausschließlich von der öffentlichen Förderung abhängig macht.

Darüber hinaus erweist sich die im Jahr 2022 von der vormaligen SPÖ-Alleinregierung initiierte Landesgesellschaft SOWO Burgenland GmbH als gescheitert, da sie bislang nur ein einziges Projekt (sechs Reihenhäuser in Pinkafeld) realisieren konnte. Angesichts der hohen Kosten ist dieses Ergebnis inakzeptabel. Zudem steht das favorisierte Modell des „Mieteigentums“ nicht im Einklang mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG).

Der Wohnungsmangel macht sich besonders im Landesnorden bemerkbar, wo trotz hoher Bauaktivitäten die mittleren Angebotspreise für Neubauwohnungen mit 5.680 Euro pro Quadratmeter (Bezirk Neusiedl am See) landesweit an der Spitze liegen. Im Mittel- und Südburgenland hingegen führen die niedrigen Preise nicht zu einer spürbaren Verbesserung der Neubautätigkeit.

Die Burgenländische Landesregierung setzt im Zukunftsplan 2030 weiterhin auf die SOWO Burgenland GmbH und eine „Kontrolle der Miethöhe“. Es ist jedoch fraglich, ob diese Maßnahmen ausreichen, um die Preisentwicklung zu bremsen und die Bautätigkeit zu stabilisieren. Vielmehr bedarf es gezielter Fördermaßnahmen für leistbaren Wohnbau, um jungen Menschen eine Perspektive für Eigentum und Wohnen zu ermöglichen.

Diese sollen sich wie folgt gestalten:

1. Neuausrichtung der Wohnbaupolitik: Die Landesregierung wird aufgefordert, eine umfassende Strategie zur Förderung des Wohnbaus zu erarbeiten, die insbesondere private Investitionen erleichtert und die Abhängigkeit von gemeinnützigen Bauträgern reduziert.
2. Effiziente Wohnbauförderung: Die bestehenden Fördermittel müssen so gestaltet werden, dass ein nachhaltiger und langfristig gesicherter Wohnungsbau gewährleistet wird. Dabei sollen auch nicht rückzahlbare Direktzuschüsse für die Errichtung und den Erwerb von Eigentum eingeführt werden.
3. Überprüfung des Projekts SOWO Burgenland GmbH: Die Effizienz und Notwendigkeit dieser Gesellschaft sind zu evaluieren, und alternative Modelle zur Wohnraumförderung sind zu prüfen.

4. Maßnahmen zur Senkung der Bau- und Mietpreise: Die Landesregierung soll eine zielgerichtete Strategie zur Kostensenkung im Wohnbau vorlegen, anstatt auf zentrale Steuerung und Bürokratie zu setzen.
5. Rasche Umsetzung von Neubauprojekten: Um den drastischen Rückgang der Neubautätigkeit zu stoppen, sollen konkrete Maßnahmen zur Unterstützung von Bauherren und Entwicklern ergriffen werden.
6. Transparente Berichterstattung: Die Landesregierung wird ersucht, regelmäßig über die Entwicklungen im Wohnbau und die Umsetzung der getroffenen Maßnahmen im Landtag zu berichten.
7. Einberufung eines Wohnbaugipfels: Die Landesregierung soll als dringend notwendige Maßnahme einen Wohnbaugipfel initiieren, bei dem alle relevanten Akteure – Wohnbaugenossenschaften, Wohnbauträger und politische Vertreter – an einem Tisch zusammenkommen, um effektive Lösungen zu erarbeiten.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, aufgrund des Rückgangs der Bautätigkeit und der steigenden Wohnkosten ein sofortiges Umdenken in der burgenländischen Wohnbaupolitik einzuleiten und mit den in der Antragsbegründung angeführten gezielten Maßnahmen eine langfristige Sicherstellung von leistbarem Wohnraum im Burgenland zu gewährleisten und als dringend notwendige Maßnahme einen Wohnbaugipfel initiieren, bei dem alle relevanten Akteure – Wohnbaugenossenschaften, Wohnbauträger und politische Vertreter – an einem Tisch zusammenkommen, um effektive Lösungen zu erarbeiten.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.